

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Regierender Bürgermeister muss handeln – Mitglied einer rechten Burschenschaft als Staatssekretär entlassen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Regierende Bürgermeister wird aufgefordert, für die Entlassung des Staatssekretärs für Soziales, Herrn Michael Büge, zu sorgen.

Begründung:

Im Dezember 2012 hat Staatssekretär Michael Büge angekündigt, die Burschenschaft Gothia zu verlassen, wenn diese nicht aus dem Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ austritt. Eine Entscheidung darüber würde er bis Ende Januar erwarten. Bis heute ist diese Entscheidung nicht gefallen.

Immer mehr wird deutlich, dass Staatssekretär Büge die Öffentlichkeit über seine Absichten getäuscht hat. Er hält an seiner Mitgliedschaft fest. Er verweist nunmehr darauf, dass diese eine „persönliche Angelegenheit“ sei (so im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 8.4.2013). Auch sein Vorgesetzter Senator Czaja verteidigt diese Haltung. Zuletzt bekräftigte Büge in der „Berliner Morgenpost“ vom 13.4.2013 seine Mitgliedschaft – unabhängig von einem eventuellen Austritt der Gothia aus der „Deutschen Burschenschaft“.

Unterdessen fällt, wie eine Berliner Zeitung am 6.4.2013 berichtete, die Burschenschaft Gothia mit unwürdigen Äußerungen auf ihrer Facebook-Seite über einen antisemitischen Vorfall in Hamburg und mit der Einladung des Leiters des rechten „Instituts für Staatspolitik“ zu

einem Vortrag auf. In der Vergangenheit wurde die Nähe zur rechten Szene etwa durch den Vortrag eines Redakteurs der „Jungen Freiheit“ bei der Gothia deutlich. Der Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ ist seit langem für sein nationalistisch-völkisches Weltbild bekannt.

Der Senat beschäftigt also weiterhin einen Staatssekretär mit einer inakzeptablen Nähe zur rechten Szene. Dass in dessen Zuständigkeit ausgerechnet die Unterbringung von Flüchtlingen fällt, ist so zynisch wie besorgniserregend.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit sieht bislang weg. Sollte er nicht eingreifen, werden seine eigenen Bekenntnisse zum konsequenten Engagement gegen rechte Umtriebe unglaubwürdig. Anstatt das Problem auszusitzen, sollte er seine Kompetenzen nutzen und dafür sorgen, dass Michael Büge entlassen wird.

Berlin, d. 16. April 2013

U. Wolf Breitenbach Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke